

SDN: Thema nicht verdrängen!

Küstenwache in die Föderalismusdebatte einbeziehen

Politisch Verantwortliche sollen handeln / Warum verhindert Niedersachsen?

(Husum/Cuxhaven/Varel i.O.) Angesichts der Debatte um die Reform der föderalen Struktur in der Bundesrepublik fordert die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN die Bundestagabgeordneten erneut auf, das Thema „Gründung einer Deutschen Küstenwache“ in die Überlegungen mit einzubeziehen. Zwar plädiere die SDN auch für ein nicht „Aufschnüren des Paketes“, jedoch verhindere diese Position nicht ein „Nachschieben eines kleinen Paketes mit dem Thema Küstenwache“, so SDN-Sprecher Hans von Wecheln.

Eine Reform des Föderalismus ohne das Thema Küstenwache sei eine Vernachlässigung der Sicherheit seitens der politisch Verantwortlichen, die irgendwann teuer bezahlt werden werde, mahnt die SDN. Noch sei es möglich, in aller Ruhe die Gründung einer „Deutschen Küstenwache“ in mehreren Stufen politisch durchzuführen, zumal das bereits vorhandene Havariekommando ein wichtiger Baustein für eine derartige Organisation sei. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes mit der Ablehnung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren seien die Bundestagsabgeordneten nunmehr in der Pflicht, zumindest alle zivilen Überwachungsbehörden – dort wo möglich – monokratisch strukturiert einzusetzen, um die Sicherheit auf See für die Umwelt und Zufahrten zu den deutschen Häfen angesichts mancher Äußerungen aus anderen Staaten zu gewährleisten.

Nach Meinung des Verbandes soll eine „Deutsche Küstenwache“ die Küste vor Unfällen und terroristischen Anschlägen mit verheerenden Folgen für die Ökologie und die Wirtschaft sicherer machen als bisher und zugleich durch die Bündelung von Aufgaben, die bislang in einem Nebeneinander verschiedener Ministerien erfüllt werden, Kosten in zweistelliger Millionenhöhe pro Jahr einsparen.

Das Vorhaben ein sog. Maritimes Sicherheitszentrum in Cuxhaven zu schaffen werde von der SDN grundsätzlich begrüßt. Da jedoch weder die Änderungen der Strukturen der dort einziehenden 12 Behörden/Stellen noch eine einheitliche Führung vorgesehen seien, könne dieser Zustand nicht die endgültige Lösung sein, unterstreicht die SDN.

Die Beibehaltung der bestehenden Strukturen wirkt sich eindeutig erschwerend auf die Koordination im täglichen Betrieb und auf notwendige schnelle und zusammenfassende Einsätze aus, argumentiert die SDN. Auch Marineinspekteur Admiral Lutz Feldmann hatte vor Monaten bereits darauf hingewiesen, dass ab einer gewissen Krisensituation der Leiter eines Zentrums über die Einsatzmittel des Bundes **und** der Länder bestimmen müsse.

Die Koalition in Berlin hatte vereinbart, in drei Jahren eine Überprüfung der Strukturen vorzunehmen, nach Meinung des Umweltverbandes sei dieses nur ein Verdrängen der sicherlich nicht einfachen Entscheidung.

Daher fordert die SDN den niedersächsischen Innenminister Uwe Schönemann auf, seine ablehnende Haltung für die Schaffung einer gemeinsamen Küstenwache zu ändern und eine sachgerechte Lösung in dieser Frage nicht länger zu blockieren. Nach Meinung des Verbandes sei es angesichts der Erklärungen der Politik hinsichtlich der Einschränkungen für Arbeitnehmer, Rentner und Beamte bemerkenswert, dass ein Innenminister eines Bundeslandes aus „grundsätzlichen Erwägungen“ eine überfällige Reform verhindere und die Bundestagsabgeordneten bis auf wenige Ausnahmen in diese Frage öffentlich schwiegen.

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung!

Hans von Wecheln
Vorstandssprecher SDN